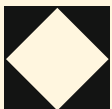


Iris Meeßen

Staatliche Förderung beruflicher Weiterbildung in Deutschland und Schweden

Strukturen der Einbindung Dritter bei der Förderung
beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen



Nomos

Studien aus dem Max-Planck-Institut
für Sozialrecht und Sozialpolitik

Band 66

Iris Meeßen

Staatliche Förderung beruflicher Weiterbildung in Deutschland und Schweden

Strukturen der Einbindung Dritter bei der Förderung
beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4300-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8505-4 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde am 21.04.2016 an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation eingereicht und befindet sich auch auf diesem Stand (Gesetzesstand und Literatur). Die Arbeit ist im Wesentlichen während meiner Zeit als Doktorandin am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, aber auch an unzähligen folgenden Urlaubstagen und Wochenenden entstanden.

Mein erster Dank geht an den Betreuer der Arbeit, Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. (EHI), für die Gelegenheit, die für eine Forschungsarbeit luxuriösen Ressourcen des Max-Planck-Instituts zu nutzen – und für seine Unterstützung und sein Verständnis, wenn das Leben einmal nicht wie geplant verläuft. Herrn Prof. Dr. Jens Kersten danke ich für das Zweitgutachten und für seine wertvollen Hinweise im Rahmen seiner Lektüre für die Erstellung des Gutachtens.

Ganz besonders danke ich den Mitgliedern meiner Doktorandengruppe „Das Leistungserbringungsverhältnis im Sozialrecht“, Dr. Magdalena Neueder, Markus Schön, Michael Schlegelmilch und Dr. Ilona Vilaclara Fatjo für ausgiebige Diskussionen, lange Nächte und die Quälerei an unserem gemeinsamen Aufsatz. Besonderer Dank geht dabei an meinen Bürokollegen Michael Schlegelmilch, der mit mir nicht nur das Zimmer geteilt hat, sondern auch zu jeder Tag- und Nachtzeit zu juristischen, sozialwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussionen bereit war. Immer aufschlußreich und engagiert diskutiert habe ich auch mit den weiteren Kolleginnen und Kollegen am Institut – hier vielen Dank besonders an Dr. Daniela Schweigler, Stefan Stegner, Dr. Vera Hansen, Nikola Wilman, Prof. Dr. Barbara Darimont, Sandro Wendnagel und Dr. Sebastian Weber. Die Arbeitsbedingungen am Institut sind besonders – vielen Dank an alle Mitarbeiter des Instituts, die mir geholfen und beigestanden haben, insbesondere die Bibliotheksweisen Henning Frankenberger und Irina Neumann.

Vielen Dank an diejenigen, die die Arbeit in verschiedenen Stadien Korrektur gelesen haben: Andrea Fröhlich (geb. Seitz), meine Mutter Brigitte Meeßen und mein Mann, Dr. Marko Urban.

Ein großer Dank zudem an alle, die mich in irgendeiner Weise unterstützt haben. Das Netzwerk, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre, erstreckt sich auf Familie, Freunde und Kollegen. Ganz besonders nennen möchte ich meine Eltern Hans-Werner und Brigitte Meeßen, meine Großmutter Franziska Zell, meine Freunde Inga, Henning, Theresa, Christian, Lorenz, Annette, Sr. Clara, und zuletzt nochmals meinen Mann, Dr. Marko Urban. Ihr macht mich glücklich.

A. EINFÜHRUNG IN DIE UNTERSUCHUNG	20
I. HINFÜHRUNG.....	20
II. FRAGESTELLUNG	21
III. METHODIK	22
1. Rechtsvergleichende Methodik	22
a) Grundlagen des Rechtsvergleichs	22
b) Tertium comparationis.....	23
2. Wahl der Vergleichsländer	26
a) Deutschland	26
b) Schweden.....	27
IV. GANG DER UNTERSUCHUNG.....	29
B. GRUNDLAGEN DER FÖRDERUNG BERUFLICHER WEITERBILDUNG.....	31
I. WAS SIND BERUFLICHE WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN?	31
II. WIRKUNGEN BERUFLICHER WEITERBILDUNG	32
III. KOSTEN VON WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN	33
IV. ARTEN DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN.....	34
1. Leistungssysteme.....	35
2. Förderungsadressaten	35
a) Subjektförderung: Situation und Arten	36
aa) Erwerbsfähigkeit des Leistungsempfängers	37
bb) Anforderungen an die Förderungsleistung	37
cc) Sachleistung und Kostenerstattung.....	38
dd) Gutscheinsysteme.....	39
ee) Steuervergünstigungen	41
b) Objektförderung: Situation und Arten	41
3. Sondersysteme der Arbeitsförderung	43
V. ZIELE UND FUNKTIONEN DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN.....	44
1. Bedeutung von Zielen für die funktionale Betrachtung.....	44
2. Ziele des Staates bei der Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen	45
a) Arbeitsmarktpolitische Ziele	45
b) Wirtschaftspolitische Ziele	47
c) Sozialpolitische Ziele.....	48
aa) Bildungspolitische Ziele als sozialpolitische Ziele.....	48
bb) Arbeitsmarktpolitische Ziele als sozialpolitische Ziele?	49
cc) Sonstige sozialpolitische Ziele von Weiterbildung.....	50
d) Nah- und Fernziele von Weiterbildungsmaßnahmen.....	51
3. Typisierung struktureller und individueller Defizite	52
a) Diskriminierungsschutz und -ausgleich als gemeinsames Ziel	52
b) Typisierung als Umsetzungsinstrument	53
c) Die einzelnen typisierten Defizite	53
aa) Die Grunddefizite	53
bb) Typisierungsgruppen	54
(1) Förderung von Einwanderern.....	54
(2) Förderung von jungen Arbeitnehmern	55
(3) Förderung von älteren Arbeitnehmern	56
(4) Förderung von Menschen mit Behinderung bzw. Funktionseinschränkungen.....	56
(5) Förderung von Langzeitarbeitslosen	57
(6) Förderung von Arbeitnehmern in kleinen und mittleren Betrieben.....	57
(7) Förderung bei zusätzlicher Verantwortungsübernahme (Erziehung, Pflege)	57
(8) Förderung von Frauen	57
(9) Förderung von Gefängnisinsassen.....	58
(10) Förderung von Menschen mit niedrigem Grundbildungsniveau	58

d) Typisierung in den Sondersystemen für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen	59
C. UMSETZUNG DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN	60
I. ERBRINGUNG DER GEFÖRDERTEN WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN DURCH DRITTE	60
1. Ziele und Gründe der Einbindung Dritter	60
2. „Dritte“ im Sinne der Untersuchung	62
3. Arten von Leistungserbringern	63
4. Parallelen zum deutschen „Leistungserbringungsrecht“	64
II. ANFORDERUNGEN AN DIE UMSETZUNG DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN	65
1. Weiterbildungsmaßnahmen als Dienstleistung	65
2. Zeitlicher Rahmen	66
3. Formalität der Maßnahmen	67
4. Kosten der Weiterbildungsmaßnahmen	68
5. Anpassung der Weiterbildungsmaßnahmen auf die konkrete Situation	68
a) Individualisierung der Maßnahmen	69
b) Regionalisierung	69
c) Grenzen der Anpassung an die konkrete Situation	70
III. UMSETZUNG DURCH BEREITSTELLUNG UND KONTROLLE DER GEFÖRDERTEN WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN	70
1. Mögliche Einflüsse	71
2. Interessen der beteiligten Akteure	71
a) Interessen des Individuums	71
b) Interessen der Weiterbildungsanbieter	72
c) Interessen der Arbeitgeber	72
d) Interessen anderer Beteiligter	73
IV. STEUERUNG DER UMSETZUNG	73
1. Steuerungsbegriffe	74
2. Anwendbarkeit in der vorliegenden Untersuchung	76
a) Voraussetzungen für eine Rezeption im rechtswissenschaftlichen Rahmen	76
b) Konkrete Rezeptionsmöglichkeiten	77
c) Verbindung zur Rechtsvergleichung	78
3. Steuerungsmodi und -instrumente	79
a) Grundentscheidung Steuerungsmodi	80
b) Steuerung durch die Förderungsleistungen selbst	80
c) Steuerung durch Recht	81
aa) Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung durch Recht	81
bb) Einbeziehung der Differenzierung Öffentliches Recht – Zivilrecht	82
cc) Konkrete Möglichkeiten der Steuerung durch Recht: Instrumente	83
(1) Steuerungsmodi	83
(a) Macht	83
(b) Kooperation	84
(c) Wettbewerb	85
(2) Handlungsformen	86
(3) Rechtsformen	87
dd) Transparenz als Steuerungsinstrument	88
ee) Normfreiraum als Steuerungsinstrument (bewusste Nichtregelung)	89
(1) Eigenständigkeit als Akteur	89
(2) Eigenständigkeit bei Entscheidungen	89
(3) Interne Vorgaben	90
ff) Funktionelle Regelungstechnik: Zweck- und Konditionalprogramme	90
gg) Berufsprinzip und Kompetenz als konzeptioneller Bezugspunkt	91
hh) Bezugnahmen auf andere Normen	92
D. VERPFLICHTUNGSUMFÄNGE DER STAATEN	93
I. VERPFLICHTUNGEN AUS INTERNATIONALEM RECHT	93

1. Weiterbildung als (supra-)nationale Verpflichtung?	93
2. Verpflichtungen aus internationalen Normen	94
a) Bildungsbezogene Normen	94
b) Weiterbildung und Recht auf Arbeit	99
c) Verpflichtungen aufgrund der Forderung der Chancengleichheit	101
3. Ergebnis	102
II. VERPFLICHTUNGEN DEUTSCHLANDS	102
1. Ableitung von Pflichten aus dem Grundgesetz	102
a) Bildungsbezogene Ableitung	103
b) Berufs- und arbeitsbezogene Normen	105
c) Berufsbezogene Weiterbildung und Chancengleichheit	106
d) Weiterbildung und Persönlichkeitsrechte	108
2. Verpflichtungen aus den Länderverfassungen	110
a) Bildungs- und weiterbildungsbezogene Normen	110
aa) Subjektiv-rechtliche Formulierung: Originäre Teilhabe?	111
bb) Förderungsklauseln	112
cc) Sicherungsklauseln	114
dd) Zugangsgewährleistungen	115
b) Recht auf Arbeit	116
aa) Als subjektiv-rechtliche Formulierung	116
bb) Als Zielformulierung	116
3. Fazit	117
III. VERPFLICHTUNGEN SCHWEDENS	117
1. Ableitung von Pflichten aus dem schwedischen Verfassungsrecht	117
a) Grundlagen des schwedischen Verfassungsrechts	117
b) Soziale Rechte	118
c) Bildung	120
d) Berufsbezogene Rechte	121
e) Chancengleichheit	123
f) Andere Beurteilung aufgrund des Einflusses von EU-Recht und der EMRK	124
2. Fazit	125
IV. FAZIT: VERPFLICHTUNGSUMFÄNGE	125
E. DIE FÖRDERUNGSLEISTUNGEN	127
I. FÖRDERUNGSLEISTUNGEN IN DEUTSCHLAND	127
1. Der Verwaltungsaufbau in Deutschland / Zuständigkeiten	128
a) Arbeitsförderung	128
b) Bildungssystem	128
2. Subjektfördernde Leistungen	130
a) Subjektförderung innerhalb des Systems der Arbeitsförderung	130
aa) Leistungen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte	130
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme gem. § 81 SGB III	130
(a) Ermessen	130
(b) Inhalt der Förderung	134
(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen (SGB III)	135
(a) Voraussetzungen: § 136 Abs. 1 Nr. 2 SGB III i. V. m. § 144 SGB III	135
(b) Umfang	136
(c) Funktion	136
(3) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme gem. § 45 SGB III	137
(4) Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen bei Kurzarbeit	137
bb) Leistungen für „Langzeitarbeitslose“	137
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme nach §§ 16 Abs. 1 Nr. 4 SGB II i. V. m. §§ 81, 82, 131a SGB III	137
(a) Voraussetzungen	138
(b) Ermessen	139
(c) Bewertung	139

(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen bei Weiterbildungsmaßnahmen (SGB II)	140
cc) Leistungen für ältere Arbeitnehmer gem. § 82 SGB III	140
dd) Leistung der Weiterbildungsmaßnahme für Arbeitnehmer unter 45 Jahren	141
ee) Weitere Möglichkeiten der Subjektförderung im SGB III	141
b) Subjektförderung außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	142
aa) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen: BAföG	142
bb) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen: AFBG	143
cc) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen: Subventionsprogramme (Bildungsprämie)	144
dd) Leistungen in Form von Stipendien: Verschiedene typisierte Förderungszielgruppen	145
ee) Leistungen für Weiterbildungsteilnehmer im Strafvollzug: § 44 Abs. 1 S. 1 StVollzG.	146
ff) Leistungen für Ausländer zur Integration: § 43 AufenthG.	146
gg) Leistungen für Teilnehmer nach politischer Verfolgung gem. § 6 Abs. 1 BerRehaG	146
hh) Subjektförderung im Steuerrecht	147
3. Objektfördernde Leistungen	149
a) Objektförderung innerhalb des Systems der Arbeitsförderung	149
aa) Direkte Finanzierung des Weiterbildungsanbieters?	149
bb) Finanzierung anderer Akteure	150
cc) Zusammenfassung	151
b) Objektförderung außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	151
aa) Objektförderung auf Bundesebene	151
(1) Subventionsprogramme	151
(a) Regelungen und rechtliche Grundlagen	151
(b) Bewertung	153
(2) Objektförderung im Steuerrecht	155
bb) Objektförderung auf Landesebene	157
(1) Leistungen auf Grundlage der Landes-Weiterbildungsgesetze	157
(a) Leistungsempfänger	157
(b) Leistungsinhalt	158
(c) Rechtliche Verbindlichkeit und Form der Leistungen	159
(d) Leistungsvoraussetzungen	160
(2) Landesprogramme auf rein haushaltsrechtlicher Basis	162
II. FÖRDERUNGSLEISTUNGEN IN SCHWEDEN	162
1. Der Verwaltungsaufbau in Schweden / Zuständigkeiten	163
a) Arbeitsförderung	165
b) Bildungssystem	167
aa) „Reguläres“ Bildungssystem	167
bb) System der Volksbildungsarbeit	169
2. Subjektfördernde Leistungen	169
a) Subjektförderung innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	169
aa) Leistungen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte	170
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme: Arbeitsmarktausbildung als allgemeines arbeitsmarktpolitisches Programm	170
(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen: Arbeitslosigkeitsversicherung?	173
(a) Arbeitslosigkeitsversicherung	173
(b) Zusammenhang mit den Weiterbildungsmaßnahmen	174
(c) Indirekte Förderung in der Arbeitslosenversicherung?	175
(3) Förderung durch Unterhaltsleistungen: Aktivitätsunterhalt	175
bb) Leistungen für „Langzeitarbeitslose“	176
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme als Aktivität in der Job- und Entwicklungsgarantie	176
(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen: Aktivitätsunterhalt	178
cc) Förderung für Einwanderer	179
(1) Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen von sogenannten Etablierungsmaßnahmen	179
(2) Unterhaltsleistungen während der Teilnahme an Etablierungsmaßnahmen	180

b) Subjektförderung außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts.....	181
aa) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen.....	181
(1) Leistungen der Studienförderung.....	181
(a) Studienhilfe.....	181
(b) Studienmittel.....	181
(2) Leistungen bei finanziellem Defizit: Studienförderung bei Teilnahme an sog. Kunst- und Kulturausbildungen und bestimmten anderen Ausbildungen.....	182
(3) Leistungen durch Anweisung von Weiterbildungsmaßnahmen durch Kommunen ...	183
(a) Anweisung der Weiterbildungsmaßnahme.....	183
(b) Unterhalt im Rahmen der Sozialhilfe durch die Kommunen.....	185
bb) Subjektförderung im Steuerrecht.....	185
3. Objektfördernde Leistungen.....	186
a) Objektförderung innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts?	186
b) Objektförderung durch „Staatsbeiträge“.....	187
aa) Staatsbeiträge für Kunst-, Kultur- und gewisse andere Ausbildungen.....	188
bb) Staatsbeiträge im Rahmen des Berufshochschulwesens	188
cc) Staatsbeiträge zur Volksbildung.....	189
dd) Staatsbeiträge für spezielle Ziele.....	190
c) Objektförderung im Haushaltsrecht.....	191
d) Objektförderung im Steuerrecht	191
III. VERGLEICH DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN.....	193
1. Vergleich Subjektförderung	193
a) Einbettung der Leistungen in die Versicherungen bei Arbeitslosigkeit.....	193
b) Handlungsform.....	194
aa) Gutscheine	194
bb) Steuervergünstigungen.....	196
c) Leistungsziele	196
aa) Inhaltliche Typisierung.....	196
bb) Typisierte Zielgruppen.....	197
cc) Bedarfsabhängigkeit der Leistungen.....	197
dd) Funktionelle Regelungssystematik.....	198
ee) Typisierung der jeweiligen Sondersysteme für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen.....	198
(1) Typisierung in den Sondersystemen für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen.....	199
(2) Umsetzung der Unterhaltsleistungen.....	200
ff) Typisierung im Sondersystem Steuerrecht	200
2. Vergleich Objektförderung.....	201
a) Handlungsformen und Grundlagen der Leistungen	201
b) Inhaltliche Typisierung.....	202
c) Verbindlichkeit der Leistungen.....	202
d) Strukturelle Einbettung.....	203
3. Vergleichspunkte, die subjekt- und objektfördernden Leistungen betreffen	205
a) Zuständigkeiten.....	205
b) Zielvorgaben.....	205
c) Entscheidungsspielräume und Überprüfung von Entscheidungen	207
d) „Gesetzesvorbehalt“	208
F. RECHTLICHE EINBINDUNG BEI DER UMSETZUNG DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN DURCH DRITTE	209
I. AUSWAHL DER ZU VERGLEICHENDEN LEISTUNGEN.....	209
II. VERGLEICHSGRUNDLAGE: EINBINDUNG IN DIE LEISTUNGSERBRINGUNG	210
1. Einbindungsebenen.....	211
2. Umsetzung der Einbindung	211
a) Qualifikationsebene / Voraussetzungsebene.....	211
b) Formelle Leistungsbereitstellungsebene.....	212

aa) Definition und Eigenheiten	212
bb) Rechtlicher und tatsächlicher Marktzugang	213
cc) Voraussetzungen: Welcher Markt?	214
c) Abruf der Leistung	215
3. Mögliche Einflüsse auf die Strukturen	216
III. RECHTLICHE EINBINDUNG ZUR ERBRINGUNG GEFÖRDERTER WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN IN DEUTSCHLAND	217
1. Organisation der Einbindung: Trennung von Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik	217
a) Arbeitsförderung	218
b) Bildung	218
2. Weiterbildungsanbieter als leistungserbringende Dritte im deutschen System	219
3. Weiterbildungsmärkte in Deutschland	220
a) Arbeitsförderungsmaßnahmen	220
b) Fernunterricht	221
c) Subventionsmärkte, allgemeiner Markt und Gesamtmarkt	221
d) Zusammenfassung	222
4. Ebenen der Einbindung	222
a) Qualifikations-/Voraussetzungsebene	222
aa) Private Zertifizierungsmöglichkeiten	222
bb) Qualifikation von Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Fernunterricht?	223
cc) Qualifikation im System der Arbeitsförderung	224
dd) Qualifikation im Rahmen der Weiterbildungsgesetze der Länder	225
ee) Qualifikation durch Verweis auf andere Systeme	226
b) Bereitstellungsebene	227
aa) System der Arbeitsförderung	227
(1) „Zertifizierung“ und Zulassung durch die FKS	227
(a) Verfahrensüberblick für die Akkreditierung	227
(b) Akkreditierung der FKS durch die DAkkS	228
(c) „Zertifizierung“ nach der AZAV	230
(α) Einordnung, Verfahren und Inhalte	231
(β) Verhältnis zum Vergaberecht	232
(γ) Rechtsschutz hinsichtlich der Zulassungsentscheidung	233
(2) Zulassung direkt durch die Bundesagentur für Arbeit, § 177 Abs. 5 SGB III	233
(3) Bereitstellung bereits durch Bildungszielplanung?	234
(4) Vergabe	236
(a) Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen gem. § 16 Abs. 3a SGB II	237
(b) Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen gem. § 45 Abs. 3 SGB III	238
(c) Durchführung der Vergabe	238
bb) „Zulassung“ im Subventionsmarkt: Zugang mit Leistungsgewährung	239
cc) Fazit: Instrumente der Bereitstellungsebene	240
c) Abruf der Leistung	241
aa) Abruf durch den Leistungsempfänger	241
(1) Systeme mit Bildungsgutschein	241
(a) Rechtsbeziehung zwischen dem Leistungsempfänger und Leistungserbringer	241
(b) Rechtsbeziehung zwischen dem Leistungserbringer und dem Leistungsträger	241
(2) Subventionsmarkt	243
bb) Abruf durch den Leistungsträger	243
(1) Vergabe	243
(2) „Abruf“ im Einvernehmen, § 81 Abs. 4 S. 4 SGB III	243
IV. DIE EINBINDUNG DRITTER IN DIE ERBRINGUNG VON WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN IM SCHWEDISCHEN RECHT	244
1. Organisation der Einbindung	244
2. Weiterbildungsanbieter als leistungserbringende Dritte im schwedischen System	244
3. Weiterbildungsmärkte in Schweden	246
4. Ebenen der Einbindung	247
a) Qualifikations-/Voraussetzungsebene	247

aa) Qualifikationsinstrumente im „allgemeinen“ Weiterbildungsmarkt	247
(1) Qualifikation aller Leistungserbringer	247
(2) Qualifikation der Leistungserbringer im öffentlichen Bildungssystem	247
(3) Qualifikation durch „Zulassung“ in die allgemeinen Bildungssysteme	249
bb) Qualifikation im Rahmen des Systems der Arbeitsmarktausbildung	250
b) Bereitstellungsebene	250
aa) Im System des Arbeitsvermittlungsamts	250
(1) Reguläres und vereinfachtes Vergabeverfahren	251
(2) Wahlfreiheitssystem	254
(a) Anwendbarkeit und Verfahren	254
(b) Hintergründe	255
(c) Vereinbarkeit mit europäischem Recht	256
(3) Vereinbarung mit der örtlichen Kommune	259
bb) Bereitstellung außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts durch Kommunen	260
(1) Bereitstellung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Arbeitsvermittlungsamt) ..	260
(2) Bereitstellung von Eigenmaßnahmen der Kommune	260
cc) Weitere „Zulassung“ im Subventionsmarkt: Zugang mit Leistungsgewährung	261
c) Ebene des Leistungsabrufs	262
aa) Abruf durch den Leistungsberechtigten	262
bb) Abruf durch den Leistungsträger	263
(1) Wahlfreiheitssystem	263
(2) Vergabe	263
V. VERGLEICH DER RECHTLICHEN EINBINDUNG BEI DER ERBRINGUNG DER FÖRDERLEISTUNGEN	263
1. Verwaltungsorganisation	263
2. Konkrete rechtliche Einbindung	264
a) Qualifikations-/Voraussetzungsebene	264
b) Bereitstellungsebene	265
aa) Ortsnahe Organisation	265
bb) Instrumente des Marktzugangs (Bereitstellungsebene)	266
(1) Akkreditierungssysteme	266
(2) Vergabe und vergabeähnliche Auswahlverfahren	267
(3) Umsetzung einer Auffangverantwortung	268
(4) Fazit	268
cc) Gleichbehandlung von Weiterbildungsanbietern	270
dd) Rechtsweg	271
c) Abruf der Leistung	272
G. STEUERUNG DER QUALITÄT BEI DER ERBRINGUNG GEFÖRDERTER WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN	273
I. VERGLEICHSGRUNDLAGE QUALITÄTSSICHERUNG	273
1. Qualität: Inhalt und Verortung	273
2. Qualität von Weiterbildungsmaßnahmen: Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität	275
3. Sicherung von Qualität	276
a) Kompetenz zur Standarderstellung (Stufe 1)	278
b) Einbeziehung der Standards / Verbindlichmachen (Stufe 2)	279
c) Kontrolle und Beurteilung (Stufe 3)	280
II. QUALITÄTSSICHERUNG IN DEUTSCHLAND	281
1. Historische Entwicklung und Überblick	281
a) System der Arbeitsförderung	281
b) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	282
2. Kompetenz zur Standarderstellung (Stufe 1)	282
a) Erstellung von Qualitätsstandards außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	283
aa) Standards für die berufliche (Weiter-)Bildung	283
(1) Korporatistische Ersteller	283
(2) Bundesinstitut für Berufsbildung	283

bb) Standardisierung auf europäischer Ebene und Berufsprinzip	284
cc) Leistungsbezogene Standards	286
dd) Lehrerausbildung/Berufsanforderungen	286
b) Erstellung von Qualitätsstandards im System der Arbeitsförderung	287
aa) Öffentlich-rechtliche Ersteller	287
bb) Private Ersteller	287
3. Einbeziehung der Standards / Verbindlichmachen (Stufe 2)	288
a) Allgemeine Geltung	288
b) Im Rahmen der Objektförderung	289
b) Im Rahmen der Subjektförderung	289
4. Kontrolle und Beurteilung (Stufe 3)	290
a) Vorgelagerte Kontrolle der Struktur- und Prozessqualität	290
aa) Im System der Arbeitsförderung	290
(1) Akkreditierung	290
(2) Zulassung	292
(3) Vergabe	293
bb) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	293
(1) Allgemeine Qualitätssicherung: Verbraucherschutz	293
(2) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: AFBG	294
(3) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Förderprogramme des Bundes	295
(4) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Weiterbildungsgesetze der Länder	295
b) Begleitende Kontrolle der Prozessqualität	296
aa) Qualitätssicherungsverfahren im System der Arbeitsförderung	296
(1) Eigene Qualitätssicherung der Leistungserbringer	296
(2) Begleitende Kontrollen der Agenturen für Arbeit	299
bb) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	299
(1) Qualitätssicherung durch Regulierung des Marktes	299
(2) Begleitende Kontrolle: Qualitätssicherung durch Transparenz	301
c) Nachgelagerte Kontrolle der Ergebnisqualität	302
aa) Im System der Arbeitsförderung	302
bb) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung	304
(1) Allgemeiner Rahmen	304
(2) Qualitätssicherung durch Prüfungsordnungen	305
(3) Qualitätssicherung bei objektfördernden Leistungen	306
III. QUALITÄTSSICHERUNG IN SCHWEDEN	306
1. Organisation und Zuständigkeiten	306
2. Standarderstellung (Stufe 1)	307
a) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	307
aa) Allgemeine Qualitätsstandards für alle Weiterbildungsunternehmen	307
bb) Leistungsbezogene Qualitätsstandards: Kunst- und Kulturausbildungen	308
cc) Leistungsbezogene Qualitätsstandards: Bildungsmaßnahmen der Berufshochschule	308
dd) Qualitätsanforderungen an Leistungserbringer im öffentlichen Bildungssystem (Auftragsausbildung)	309
b) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	310
3. Einbeziehung der Standards / Verbindlichmachen (Stufe 2)	311
a) Im Rahmen der Objektförderung	311
aa) Objektförderung im Rahmen eines Systems: System der Berufshochschule und System der Kunst- und Kulturausbildungen	311
bb) Direkte Objektförderung ohne Einbeziehung in ein System	312
b) Im Rahmen der Subjektförderung	312
4. Kontrolle und Beurteilung (Stufe 3)	312
a) Vorgelagerte Kontrolle der Struktur- und Prozessqualität	313
aa) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	313
(1) Im Rahmen der Vergabe	313
(2) Indirekte, strukturelle Qualitätssicherung	314
bb) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamtes	315

(1) Vorgelagerte Kontrolle bei Einbeziehung in ein Bildungs- bzw. in das Studienförderungssystem	315
(2) Vorgelagerte Kontrolle von Leistungserbringern im öffentlichen Bildungssystem	315
(a) Im Hochschulsystem	315
(b) Im Berufshochschulsystem	317
(2) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Staatsbeiträge	317
b) Begleitende Kontrolle der Prozessqualität	319
aa) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts: Vergabe	319
bb) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	320
(1) Allgemeine Qualitätssicherung	320
(2) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Staatsbeiträge	322
c) Nachgelagerte Kontrolle der Ergebnisqualität	323
aa) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	323
bb) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts	324
(1) Allgemeine Qualitätssicherung: Nachgelagerte Kontrolle im Rahmen der allgemeinen Evaluation öffentlichen Handelns	324
(2) Allgemeine Qualitätssicherung: Verbraucherschutz	324
(3) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Kontrolle im Rahmen einer Kooperation mit den Kommunen	325
(4) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: End-Qualitätskontrolle von Staatsbeiträgen	326
(a) Staatsbeiträge im System der Berufshochschule	326
(b) Staatsbeiträge für die Volksbildung	327
IV. VERGLEICH DER QUALITÄTSSICHERUNG BEI DER ERBRINGUNG DER GEFÖRDERTEN WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN DURCH DRITTE	328
1. Umsetzung der Stufen der Qualitätssicherung	328
a) Standarderstellung	328
b) Einbeziehung der Standards	329
aa) Allgemeines	329
bb) Qualitätsvorgaben für Lehrkräfte	329
c) Kontrolle und Beurteilung	330
aa) Vorgelagerte Kontrolle	330
(1) Im jeweiligen System der Arbeitsförderung	330
(2) Außerhalb des jeweiligen Systems der Arbeitsförderung	331
(3) Inbezugnahme privater Qualitätsstandards	331
(4) Freiräume für Weiterbildungsanbieter	332
bb) Begleitende Kontrolle	333
cc) Nachgelagerte Kontrolle	334
(1) Im jeweiligen System der Arbeitsförderung	334
(2) Außerhalb des jeweiligen Systems der Arbeitsförderung	334
(a) Allgemeine, übergreifende Qualitätssicherung	334
(α) Externe Evaluation	334
(β) Verbraucherschutz	335
(b) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Subjektförderung	335
(c) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Objektförderung	336
2. Fazit Qualitätssicherung	336
H. FAZIT DER UNTERSUCHUNG	338
LITERATURVERZEICHNIS	33843

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
AB	Aktiebolag (<i>schwedische Form der Aktiengesellschaft</i>)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AJCL	The American Journal of Comparative Law
AkkStelleG	Akkreditierungsstellengesetz
AkkStelleGBV	Akkreditierungsstellengesetz-Beleihungsverordnung
ALF	Lag om arbetslöshetsförsäkring (<i>Gesetz über die Arbeitslosenversicherung</i>)
ALFFo	Förordning om arbetslöshetsförsäkring (<i>Verordnung über die Arbeitslosenversicherung</i>)
AMDL	Prüfdienst Arbeitsmarktdienstleistungen
AMSFS	Arbetsmarknadsstyrelsens administrativa föreskrifter (<i>Verwaltungsnormen des Arbeitsmarktsteuerungsamts</i>)
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AVAVG	Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AZAV	Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung
AZWV	Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAnz	Bundesanzeiger
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BBgWBG	Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BerRehaG	Berufliches Rehabilitationsgesetz
bet.	betänkande (<i>Bericht</i>)
BFH	Bundesfinanzhof
BFQG	Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz Schleswig-Holstein
BiBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	Bundesfinanzministerium
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache

BRK	Behindertenrechtskonvention
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BV	Verfassung des Freistaates Bayern
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
Cedefop	Centre Européen pour le Développement de la Formation Professionnelle
CML Rev.	Common Market Law Review
CQAF	Common Quality Assurance Framework
DAkKS	Deutsche Akkreditierungsgesellschaft GmbH
DECVET	Development of a credit system in vocational education and training
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
ECVET	European Credit System in Vocational Education and Training
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EQF	European Qualifications Framework
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
Erl.	Erläuterungen
ErwBildFöG BY	Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung Bayern
ErwBildFöG ST	Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung im Lande Sachsen-Anhalt
ESC	Europäische Sozialcharta
etc.	et cetera
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EzB-VjA	Entscheidungssammlung zum Berufsbildungsrecht (Verjüngungsausgabe)
Fern-USG	Fernunterrichtsschutzgesetz
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FKS	Fachkundige Stellen
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GHN	Grabitz/Hilfs/Nettesheim
GK-SGB III	Gemeinschaftskommentar zum Arbeitsförderungsrecht
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HD	Högsta domstolen (<i>Oberster Gerichtshof</i>)
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HWBG	Hessisches Weiterbildungsgesetz
i.d.F.	in der Fassung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

IFAU	Institutet för arbetsmarknads- och utbildningspolitisk utvärdering (<i>Institut zur Evaluation von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik</i>)
ILO	International Labour Organisation
IPE	Handbuch Ius Publicum Europaeum
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
ISCED	International Standard of Classification of Education
ISL	Inkomstskattelag (<i>Einkommensteuergesetz</i>)
JT	Juridisk tidning (Zeitschrift)
jurisPK	juris Praxiskommentar
JZ	Juristische Zeitung
KassKomm	Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht
KJ	Kritische Justiz
KKöpl	Konsumentköplag (<i>Verbraucherkaufvertragsgesetz</i>)
KMK	Kultusministerkonferenz
KommJur	Kommunaljurist (Zeitschrift)
KritVj	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KTjL	Konsumenttjänstlag (<i>Verbraucherdienstvertragsgesetz</i>)
LPK-SGB I	Lehr- und Praxiskommentar SGB I (Krahmer/Hinterberger)
LPK-SGB II	Lehr- und Praxiskommentar SGB II (Münder)
LSG	Landessozialgericht
m.W.v.	mit Wirkung vom
MittAB	Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
MünchKommVgb	Münchener Kommentar zum Europäischen und Deutschen Wettbewerbsrecht (Beihilfen- und Vergaberecht)
MYHFS	Myndighetens för yrkeshögskolans författningssamling (<i>Amtsblatt der Behörde für die Berufshochschule</i>)
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge
NEBG	Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nordyrk	Nordic Journal of Vocational Education and Training
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
prop.	proposition (Gesetzesvorschlag)
PVS	Politische Vierteljahresschrift
R&B	Recht und Bildung
RÅ	Regeringsrättens årsbok (<i>Entscheidungssammlung des obersten Verwaltungsgerichts</i>)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RdLH	Rechtsdienst der Lebenshilfe
RF	Regeringsform (<i>Verfassungsgesetz</i>)
RsDE	Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen
SchulG	Schulgesetz Berlin

SDSRV	Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes
SENRP	National Reference Point (Sweden)
SF	Sozialer Fortschritt
SFS	Svensk Författningssamling (<i>Schwedisches Gesetzblatt</i>)
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SoL	Socialtjänstlag (<i>Sozialdienstgesetz</i>)
SOU	Statens offentliga utredingar (<i>Staatliche öffentliche Gutachten</i>)
SozR	Sozialrecht, Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von Richtern des Bundessozialgerichts
SozSich	Soziale Sicherheit - Zeitschrift für Arbeit und Soziales
SRH	Sozialrechtshandbuch
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
SWFG	Saarländisches Weiterbildungsförderungsgesetz
TfR	Tidsskrift for Rettsvitenskap (Zeitschrift)
ThürEBG	Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz
TrAVO	Trägeranerkennungsverordnung
UStAE	Verwaltungsregelung zur Anwendung des Umsatzsteuergesetzes (Umsatzsteuer-Anwendungserlass)
v.	vom
Verf BB	Verfassung des Landes Brandenburg
Verf BE	Verfassung von Berlin
Verf Bremen	Landesverfassung der freien Hansestadt Bremen
Verf BW	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
Verf M-V	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Verf ND	Niedersächsische Verfassung
Verf NRW	Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
Verf RP	Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz
Verf S-A	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
Verf Saar	Verfassung des Saarlandes
Verf Sachsen	Verfassung des Freistaats Sachsen
Verf SH	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
Verf TH	Verfassung des Freistaats Thüringen
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBFöG M-V	Weiterbildungsförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
WBFöVO Sachsen	Weiterbildungsförderungsverordnung Sachsen
WBG Bremen	Weiterbildungsgesetz Bremen
WBG MV	Weiterbildungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
WbG NRW	Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen
WBG RP	Weiterbildungsgesetz Rheinland-Pfalz
WBG Sachsen	Weiterbildungsgesetz Sachsen
WBG SH	Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein
WBV Bbg	Weiterbildungsverordnung (Land Brandenburg)
WeitBiFöG BW	Weiterbildungsförderungsgesetz Baden-Württemberg
WissR	Wissenschaftsrecht
WMK	Wirtschaftsministerkonferenz
z. B.	zum Beispiel
ZAF	Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfE	Zeitschrift für Erziehungswissenschaft
ZfPäd	Zeitschrift für Pädagogik
ZFU	Zentralstelle für Fernunterricht
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZVStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe